

24.09.2013 / junge welt

Nach der Bundestagswahl

Massaker und Neue Ordnung

von Georg Fülberth

Das bekennend bürgerliche Lager holte bei der Bundestagswahl 2013 deutlich mehr als fünfzig Prozent der Stimmen und zerlegte sich zugleich. Merkels und Seehofers Union hat rechts und links von sich alles massakriert: Die FDP ist draußen, die AfD nicht drin, die SPD noch weiter distanziert als 2009, Linkspartei und Grüne haben viele Stimmen und Prozente verloren.

Daß es nicht ganz zur absoluten Mehrheit für die Union reichte, dürfte der Kanzlerin recht sein. In der »Berliner Runde« wollte sie sich gar nicht erst zu einem Kommentar über einen solchen scheinbaren Triumph herbeilassen. Mit dem Gewinn der absoluten Mehrheit 1957 hatte Konrad Adenauers Abstieg begonnen. Alleinherrschaft einer Partei stärkte deren Prätendenten – den ehrgeizigen Nachwuchs – im Verhältnis zum nominellen Chef, der fortan sich mehr nach innen als nach außen behaupten mußte. Das bleibt Merkel nun erspart.

Die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger unter uns, die aufgrund leidvoller jahrzehntelanger Erfahrung sich längst damit abgefunden hatten, von einer immer wieder einmal totgesagten FDP überlebt zu werden, müssen auf ihre späten Tage noch lernen, daß sie in dieser Hinsicht vielleicht doch unbegleitet ins Grab sinken werden.

Wahrscheinlich schreibt jetzt schon irgendwo jemand, mit dem parlamentarischen Aus der Marktradikalen kündige sich das Ende des Neoliberalismus doch noch an. Das gehört auch zu den etwas ältlichen Prophezeiungen. Bei der AfD ist das Glas deutlich mehr halb voll als halb leer. In der Europawahl 2014 gibt es für sie keine Fünfprozent-Hürde. Ihre Stunde wird – so oder so – nach dem dritten Rettungspaket für Griechenland und, falls dies ebenfalls nichts nützen sollte, dem anschließend vielleicht fälligen Ende der europäischen Einheitswährung kommen. Dann wird das AfD-Konzept von der gerade bestehenden Koalition adoptiert werden, unabhängig davon, ob es die »Alternative für Deutschland« als Partei noch geben wird oder nicht.

Möchte jemand mit der SPD tauschen? Ihre Lage ist scheußlich. Von allen Seiten wird sie zur großen Koalition, die sie selbst will, gedrängt. Den rot-rot-grünen Ausweg hat sie sich selbst verbaut, vielleicht mit guten Gründen. Im Winter des Mißvergnügens, der in der Vergangenheit (jüngste Beispiele: 1998/1999, 2002/2003) auf jeden sozialdemokratischen Wahlsieg folgte, wäre sie auch jetzt von den Kapitalmedien in der Luft zerrissen worden.

Es gibt – aus der Sicht des Willy-Brandt-Hauses – noch einen weiteren Grund gegen Rot-Rot-Grün, nämlich einen inhaltlichen: Die bisherigen Oppositionsparteien haben einen Wahlkampf für Sekundärverteilung geführt (oder, mit Ausnahme der Linken, so getan): u.a. Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Daß sich damit – wie gerade gezeigt – keine Wahlen gewinnen lassen, ist zugleich eine schlechte und eine gute Nachricht.

Die schlechte: die neoliberale Hegemonie ist ungebrochen, weil in den Wählermassen fest

verankert.

Die gute: Scheitert die Fokussierung auf die Sekundär-, wäre Hinwendung zur Primärverteilung zwischen Kapital und Arbeit geboten. Aber das ist kein Gegenstand parlamentarischer Politik. Was auf dieser Ebene allenfalls möglich wäre, wird vielleicht durch einen Mindestlohn light erledigt werden.

Das größte denkbare Übel: noch einmal ein Jugoslawien- und ein Afghanistan- oder ein anderer Krieg, eine Agenda 2020, also Rotgrün pur, wurde immerhin nicht gewählt.

Also vorerst wohl doch große Koalition. Die SPD wird davon nicht zerrissen werden, denn die Treue und Leidenschaftlichkeit der linken Genossinnen und Genossen in den Ortsvereinen ist groß, insbesondere nach den Erfahrungen, die ehemalige Parteifreunde inzwischen bei der Linkspartei gemacht haben.

Dort, im Karl-Liebknecht-Haus und auf der Wahlfete in der Berliner Kulturbrauerei, freute man sich über ein Ergebnis weit unterhalb des Ergebnisses von 2009. Glaubt man den Kaffeesatzlektüren von Markus Deggerich vom Spiegel, hätte es deutlich schlechter, nämlich besser kommen können: Wenn mit mehr Prozenten ein höherer Anteil von Regierungsgegnern in den Bundestag gekommen wäre. Sahra Wagenknecht dürfte ihre Schuldigkeit getan haben.

Aller Aufmerksamkeit wert ist das Ergebnis der Wahl zum Hessischen Landtag. Daß Die Linke wieder drin ist, überrascht und bedarf tiefen Nachdenkens. Gewiß: Fraktion und Landesvorstand haben gut gearbeitet, es gibt auch ein paar intakte Kreisverbände mit aufopferungsvollen Funktionären. Aber das war in Niedersachsen auch so und hatte dort nichts genützt. Ein Rätsel.

Von Hessen könnte eine Sanierung der SPD ausgehen: Wenn der Sozialdemokrat Schäfer-Gümbel sich von der Linkspartei wählen läßt oder gar mit ihr koalitiert. Auf der Länderebene und damit im Bundesrat gibt es deutlichen Aufwuchs und die Chance einer neuen Parteigeneration.

Unangefochten sind: die ungebrochene Macht der Finanzmärkte, globale Überwachung, Kriegsgefahren, das deutsche Exportmodell, wachsende Ungleichheit draußen und drinnen. Aber diese Themen waren ohnehin viel zu ernst für eine Bundestagswahl.

Die Tageszeitung
junge Welt

<http://www.jungewelt.de/index.php>